

Deutsche Post

„Kein Grund für niedrigere Löhne“

Andrea Kocsis, 49, stellvertretende Bundesvorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, über den Tarifkonflikt mit der Deutschen Post AG

SPIEGEL: Frau Kocsis, Sie haben Post-Chef Frank Appel im aktuellen Tarifstreit ein befristetes Angebot unterbreitet. Er hat die Frist verstreichen lassen. Was nun?

Kocsis: Die Verhandlungen mit der Deutschen Post AG sind damit gescheitert. Es muss ab sofort mit unbefristeten Streiks gerechnet werden.

SPIEGEL: Was bedeutet das?

Kocsis: Die Beschäftigten bei der Post werden nicht wie bisher ein, zwei oder drei Tage streiken, sondern sie werden ihren Arbeitsplatz verlassen und erst dann wieder dorthin zurückkehren, wenn wir den Arbeitskampf für beendet erklären.

SPIEGEL: Inhaltlich geht es darum, dass die Post eine neue Zustellgesellschaft namens „Delivery“ gegründet hat, in der sie rund 6000 Angestellten niedrigere Löhne zahlt als bislang üblich. Können Sie Post-Chef Appel verdenken, dass er konkurrenzfähig werden will?

Kocsis: Die Post ist konkurrenzfähig. Das Unternehmen hat in den vergangenen Jah-



Brief- und Paketzusteller

ren im Paketmarkt überdurchschnittlich Marktanteile gewonnen und ist kerngesund. Es gibt also keinen Grund, bei Delivery niedrigere Löhne zu zahlen.

SPIEGEL: Die Post setzt immer mehr Leiharbeiter ein, um Briefe und Pakete in ihrem parallelen Zustellnetz zu befördern. Wird der Streik nicht einfach verpuffen?

Kocsis: Ich mache mir keine Sorgen über unsere Schlagkraft. Wir haben mit den bisherigen Warnstreiks schon große Wirkung erzielt. Ein stärkerer Einsatz von Zeit- und Leiharbeitsfirmen wäre für die Post sehr teuer.

SPIEGEL: Das hört sich nach Grundsatzkonflikt an. Gibt es keine Kompromisslinie?

Kocsis: Es ist ein Grundsatzkonflikt. Es geht darum, dass ein florierendes Unternehmen einen Schutzvertrag gebrochen hat, um auf dem Rücken der Arbeitnehmer noch höhere Gewinne einzufahren. fdo

Luftfahrt

Schwaben springen Arabern bei

Fluglinien wie Etihad und Emirates bekommen bei ihrem Kampf um zusätzliche Start- und Landerechte in Deutschland Unterstützung von der baden-württembergischen Wirtschaft. Stellvertretend für die Unternehmen des Landes fordert der Stuttgarter IHK-Hauptgeschäftsführer Andreas Richter ein „viel breiteres Angebot an Flugverbindungen in alle Teile der Welt“, darunter auch von Emirates und Etihad. Stuttgart gelte wegen seiner schlechten Erreichbarkeit aus der Luft als „Region zweiter Klasse“. Nach einem über 20 Jahre alten Abkommen dürfen die Lufthansa-Wettbewerber nur vier selbst gewählte deutsche Ziele direkt ansteuern. Bislang sind das Frankfurt, München, Düsseldorf und Hamburg. Die arabischen Fluglinien würden allerdings gern auch Berlin oder Stuttgart in ihr Programm aufnehmen, was die Bundesregierung ihnen bislang verweigert. IHK-Manager Richter kritisierte außerdem die Absicht der Bundesregierung, dem Air-Berlin-Großaktionär Etihad Gemeinschaftsflüge mit seinem kleineren Partner zu untersagen. Erste Gespräche dazu sollen noch in diesem Monat beginnen. did

Autoindustrie

Schlamperei kostet 109 Menschenleben

Der Skandal um eine verschleppte Rückrufaktion bei General Motors (GM) weitet sich aus. Nach neuesten Zahlen sind mindestens 109 Menschen bei Unfällen ums Leben gekommen, weil der Autokonzern jahrelang mangelhafte Zündschlösser in Fahrzeuge eingebaut hatte. Während der Fahrt schalteten sich Motor und Elektronik mitunter aus. Das Problem war bekannt, wurde aber aus Kostengründen nicht behoben. Als GM 2014 einen Rückruf startete, berichtete der Konzern von 13 Todesfällen. Ein Entschädigungsfonds, der die Ansprüche von Opfern und Angehörigen prüft, gab jetzt die neue Zahl bekannt. Das US-Justizministerium wird in Kürze über eine Geldbuße entscheiden, vermutlich mehr als 1,2 Milliarden Dollar. haw

Zahl der Woche

1,2 Millionen

Privathaushalte in Deutschland besaßen laut einer aktuellen Erhebung des Statistischen Bundesamts mindestens ein E-Bike. Die Fahrräder mit Elektromotor werden immer beliebter, ihre Zahl steigt deshalb seit Jahren.

Insolvenzen

Kettler fürchtet US-Finanzinvestor



Kinder mit Kettcar

Das vergangene Woche vom Sport- und Freizeitartikelhersteller Kettler angekündigte Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung ist womöglich in Gefahr. Die Firma, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren Kultprodukte wie das Kettcar und das Aluminiumfahrrad auf den Markt gebracht hatte, will durch das Verfahren einer „unabgestimmten Übernahme durch einen Finanzinvestor“ entkommen. Offenbar war die Angst von Alleingeschäftsführerin Karin Kettler groß, dass der US-Finanzinvestor Carlyle versuchen könnte, die Firma zu schlucken. Dieser hatte vor einiger Zeit einen Zwölf-Millionen-Euro-Kredit von Kettler bei der Commerzbank übernommen. Seither ist der Investor – neben der Deutschen Bank, bei der ein Zehn-Millionen-Euro-Kredit in den Büchern steht – größter Kettler-Gläubiger. Insider fürchten, dass Carlyle versuchen könnte, die Fortführung des Unternehmens zu torpedieren, um die Firma zu übernehmen. Nach dem Tod von Gründer Heinz Kettler im Jahr 2005 hatte die Firma Verluste in Millionenhöhe angehäuft. Weder Kettler noch Carlyle wollten sich zu dem Thema äußern. js